

Schutz vor häuslicher Gewalt

Zahl der gemeldeten Fälle ist in Nordrhein-Westfalen gestiegen

25. März 2022 – Die AfD-Fraktion hatte zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde beantragt. Die Fraktion bezog sich auf Angaben des Landeskriminalamts (LKA), denen zufolge 2021 mehr Delikte erfasst worden seien als im Jahr zuvor.

Der Anstieg könne „im direkten Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und mit den daraus resultierenden Lockdown-Maßnahmen der Landesregierung“ stehen, schreibt die Fraktion in ihrem Antrag ([17/16833](#)). Im Lagebild des LKA sei von 30.759 Fällen die Rede. Die Dunkelziffer sei möglicherweise deutlich höher, so die AfD. 70 Prozent der von häuslicher Gewalt Betroffenen seien Frauen.

Die Fraktion fordert u.a. ein flächendeckendes Beratungsangebot „für Opfer häuslicher und sexualisierter Gewalt, um die Folgen der Pandemiepolitik aufzufangen“. Zudem schlägt sie „Corona-Sonderzahlungen“ für Frauenhäuser vor.

Dr. Martin Vincentz (AfD) sagte, dass das Zuhause für viele Menschen kein Ort sei, an dem sie sich wohlfühlten. Im zweiten „Lagebild Häusliche Gewalt“ von 2021 sei ein Plus der Delikte um 5,5 Prozent registriert worden. Es sei davon auszugehen, dass es zudem ein „extremes Dunkelfeld“ gebe. Es reiche nicht aus, die Zahlen zu erfassen. Vielmehr müssten die vorliegenden Daten und Fakten analysiert werden, um daraus Erkenntnisse für Präventionsmaßnahmen gewinnen zu können. Der Trend dürfe nicht nur erfasst, er müsse auch durchbrochen werden. „Das sind wir den Opfern schuldig“, so Vincentz.

Simone Wendland (CDU) sagte, Koalition und Landesregierung hätten in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um den Schutz von Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, zu erhöhen. Auch habe

sich der Frauenausschuss des Landtags oft mit dem Thema befasst. Nur die AfD, die nun eine Positionierung der Landesregierung fordere, habe sich nicht dazu positioniert. Sorge bereite ihr vor allem noch die Frage, wie es für die betroffenen Frauen nach dem Aufenthalt im Frauenhaus weitergehe. Sie hätten oftmals keine Perspektive und kehrten daher zum gewalttätigen Partner zurück.

„Polemik gegen Pandemiepolitik“

Der Antrag der AfD-Fraktion zur Aktuellen Stunde sei „deutlich halbseiden“, sagte **Anja Butschkau** (SPD). Er beruhe auf einem Medienbericht, „der streckenweise einfach nur abgeschrieben wurde“. Der AfD gehe es um „Polemik gegen die Pandemiepolitik“. Es sei nicht das erste Mal, dass ein Thema aufgegriffen werde, um ein anderes hochzuspielen. Es stehe außer Frage, dass die Pandemie für Frauen eine sehr schwierige Zeit sei, sagte Butschkau. Die Zahlen zur häuslichen Gewalt seien in den vergangenen zwei Jahren gestiegen. Das Problem liege aber tiefer, man könne es nicht zu einer „Pandemiefolge herunterschreiben“.

Offenbar habe die AfD-Fraktion die „vielfältigen Maßnahmen der Koalition aus Union und FDP“ nicht mitbekommen, sagte **Susanne Schneider** (FDP). Bereits im Koalitionsvertrag habe man der Bekämpfung häuslicher Gewalt besondere Bedeutung eingeräumt. Dies sei keine bloße Absichtserklärung gewesen, die „NRW-Koalition“ habe geliefert – „und zwar

kontinuierlich“. Die finanzielle Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen sei seit 2017 entscheidend ausgebaut worden, sagte Schneider. Finanziert würden u. a. Frauenhäuser und Beratungsstellen. Auch aus dem „Corona-Rettungsschirm“ sei Geld geflossen.

„Das Thema Schutz vor Gewalt ist jeden einzelnen Tag aktuell und muss jeden Tag im politischen Fokus stehen“, sagte Grünen-Fraktionschefin **Josefine Paul**. Der Landtag habe sich mehrfach intensiv mit dem Thema beschäftigt. Nicht daran beteiligt habe sich jedoch die AfD-Fraktion. Sie habe in ihrem Antrag zur Aktuellen Stunde nicht einmal die Istanbul-Konvention erwähnt, die eine zentrale Grundlage des Gewaltschutzes sei und ein „Meilenstein der Verankerung des Gewaltschutzes im europäischen Recht“. Das allein zeige, sagte Paul an die AfD-Fraktion gewandt: „Die Debatte ist doch vollkommen an Ihnen vorbeigegangen.“

Seit 2017 investiere die Landesregierung kontinuierlich in den Gewaltschutz, sagte Innenminister **Herbert Reul** (CDU). Sie stelle dafür 12,4 Millionen Euro mehr zur Verfügung, das entspreche einer Steigerung von rund 54 Prozent im Vergleich zu 2017. Zwar seien die Fallzahlen von Opfern häuslicher Gewalt zuletzt gestiegen. Ob das auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sei, könne aufgrund kriminalstatistischer Daten aber nicht belastbar bewertet werden, so Reul. Die Pandemie jedenfalls habe keine Auswirkungen auf Beratungsangebote im Kontext häuslicher Gewalt gehabt. Die AfD liege mit ihrem Antrag „voll daneben“. *wib, zab, tob*